

Kassel, 29.09.2010

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Inklusion in Schulen - Schule für Alle

Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1861 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Knab

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für folgende Ziele einzusetzen.

Die Hessische Landesregierung soll umgehend ein konkretes Umsetzungskonzept für die Inklusion an Schulen entwickeln und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, die folgende Kernaussagen enthalten:

- Eltern entscheiden über die Wahl der Schule für ihre Kinder.
- Dem Schulträger sind angemessene Steuerungsmöglichkeiten einzuräumen.
- Lehrkräfte werden für ein inklusives Bildungssystem aus- und fortgebildet.
- Schulen werden verpflichtet, die inklusive Schule als Teil der Schulentwicklung zu begreifen und dabei unterstützt
- Das bestehende Unterstützungssystem (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Schulberatung, Schulassistenten) muss weiter ausgebaut werden.
- Sonderpädagogische Förderung wird an jeder Schule fest installiert, Förderschulpädagogen unterstützen Klassenlehrer und begleiten Schulen auf dem Weg zur Inklusion.
- Alle Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert.
- Alle Schulen werden zügig zu Ganztagschulen ausgebaut.
- Schulische- und außerschulische Partner werden vernetzt.
- Dieses Konzept ist Bestandteil des neuen Schulgesetzes.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:
Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Schulen - Schule für Alle, Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24, 101.16.1861, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung **nach dem aktuellen Stand des konkreten Umsetzungskonzeptes für die Inklusion an Schulen zu erkundigen und hierüber im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten. Die Hessische Landesregierung soll dabei zu folgenden Punkten Stellung nehmen:**

- Eltern entscheiden über die Wahl der Schule für ihre Kinder.
- Dem Schulträger sind angemessene Steuerungsmöglichkeiten einzuräumen.
- Lehrkräfte werden für ein inklusives Bildungssystem aus- und fortgebildet.
- Schulen werden verpflichtet, die inklusive Schule als Teil der Schulentwicklung zu begreifen und dabei unterstützt
- Das bestehende Unterstützungssystem (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Schulberatung, Schulassistenten) muss weiter ausgebaut werden.
- Sonderpädagogische Förderung wird an jeder Schule fest installiert, Förderschulpädagogen unterstützen Klassenlehrer und begleiten Schulen auf dem Weg zur Inklusion.
- Alle Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert.
- Alle Schulen werden zügig zu Ganztagschulen ausgebaut.
- Schulische- und außerschulische Partner werden vernetzt.
- Dieses Konzept ist Bestandteil des neuen Schulgesetzes.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD, Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: B90/Grüne

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Schulen - Schule für Alle, Umsetzung der UN-Konvention, Art. 24, 101.16.1861, wird **abgelehnt**.

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin